



**Zweiter Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen im Rechnungsjahr 2012
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Der Verwaltungsausschuss wurde in seiner Sitzung am 11.07.2012 mit einem ersten Zwischenbericht über die finanzielle Entwicklung unterrichtet (KT-Drucksache Nr. VIII-0459). Gegenüber diesem Zwischenbericht ergeben sich im Ergebnishaushalt Verbesserungen bei den Gebühren der Unteren Verwaltungsbehörden von ca. 0,1 Mio. EUR. Verschlechterungen ergeben sich bei den Bußgeldern in Höhe von ca. 0,1 Mio. EUR. Bei den Personalaufwendungen kann gegenüber dem Planansatz mit Einsparungen in Höhe von ca. 0,3 Mio. EUR gerechnet werden. Bei der Produktgruppe 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII ist hochgerechnet auf das Jahresende mit einem gegenüber dem Planansatz um ca. 4,2 Mio. EUR höheren Zuschussbedarf zu rechnen. Bei Produktgruppe 31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende liegt der Zuschussbedarf bis zum Jahresende ca. 1,1 Mio. EUR unter dem Planansatz. Bei Produktgruppe 31.30 Hilfen für Flüchtlinge ergibt sich in der Hochrechnung ein um ca. 0,2 Mio. EUR geringerer Zuschussbedarf. Bei der Jugendhilfe liegt der Zuschussbedarf bis zum Jahresende voraussichtlich um ca. 1,0 Mio. EUR über dem Planansatz. Einsparungen ergeben sich bis zum Jahresende bei den Zinsaufwendungen von ca. 0,3 Mio. EUR.

So muss nach der aktuellen Prognose im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem negativen ordentlichen Gesamtergebnis von ca. 3,4 Mio. EUR gerechnet werden. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Haushaltsplan um ca. 4,4 Mio. EUR.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Mit KT-Drucksache VIII-0459 vom 28.06.2012 wurde dem Verwaltungsausschuss mit einem ersten Bericht ein Überblick über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung im Jahr 2012 gegeben. Die Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen für den Zeitraum Januar bis September ist in der Anlage dargestellt. In den verbleibenden

Monaten sind größere Abweichungen insbesondere bei den sozialen Leistungen noch möglich.

2. Stand des Haushaltsvollzugs

2.1 Ergebnishaushalt

Nach dem Stand der Ergebnisrechnung Ende September 2012 ergeben sich folgende Entwicklungen bei den wesentlichen Erträgen und Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr:

2.1.1 Produktgruppe 61.10 Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach den Mitteilungen des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft kann der Landkreis aufgrund der Mai-Steuerschätzung bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft (Schlüsselzuweisungen) mit keinen Mehrerträgen rechnen. Nach der November-Steuerschätzung könnten sich noch Änderungen ergeben.

2.1.2 Produktgruppe 61.10 Grunderwerbsteuer

Noch vor der Anhebung des Steuersatzes zur Erhebung der Grunderwerbsteuer Anfang November 2011 von 3,5 % auf 5,0 % führten vorgezogene Immobiliengeschäfte im Jahr 2011 kurzzeitig zu höheren Erträgen. Das bisherige Aufkommen im Jahr 2012 war dagegen deutlich rückläufig. Nach der aktuellen Prognose liegt das Gesamtaufkommen 2012 bei ca. 11,0 Mio. EUR. Das sind 0,5 Mio. EUR weniger als veranschlagt.

2.1.3 Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 5,1 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 5,3 Mio. EUR (2011: 5,3 Mio. EUR) um 0,2 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 2,4 Mio. EUR voraussichtlich lediglich ca. 1,6 Mio. EUR (2011: 1,7 Mio. EUR) erzielt werden.

2.1.4 Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen (Haushaltsansatz: 40,7 Mio. EUR) kann voraussichtlich mit Wenigeraufwendungen von 0,3 Mio. EUR gerechnet werden.

2.1.5 Soziale Leistungen

Nach dem derzeitigen Stand wird bei den Leistungen im sozialen Bereich voraussichtlich ein erhöhter Zuschussbedarf von ca. 4,0 Mio. EUR entstehen. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

a) Produktgruppe 31.10 – Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

- Produkt 31.10.01 – Hilfe zur Pflege

Bei der Hilfe zur Pflege ist derzeit mit Mehraufwendungen von ca. 145.000 EUR zu rechnen. Ein Grund liegt in der Inbetriebnahme neuer Pflegeheime mit höheren Pflegesätzen.

- Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Basis für die Haushaltsansätze 2012 waren die Ansätze des Haushaltsplans 2011. Das Rechnungsergebnis lag 2011 deutlich über dem Planansatz. Auf diesem hohen Niveau setzt sich die finanzielle Entwicklung 2012 fort.

Darüber hinaus ist bei den Entgelten, ausgelöst durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, an den viele Einrichtungen gebunden sind, mit deutlichen Kostensteigerungen für die Leistungen in der Eingliederungshilfe in 2012 und für die Folgejahre zu rechnen.

So werden in den laufenden Vergütungsverhandlungen von den Leistungserbringern Erhöhungen in einer Größenordnung von bis zu 15 % gefordert. Die Abschlüsse mit den großen Trägern liegen deutlich unter diesen Forderungen, aber über den Planungen für das Jahr 2012.

Die Fallzahlen sind im ersten Halbjahr 2012 um rund 2,5 % gestiegen. Mit dem eingeleiteten Fallmanagement im Einzelfall und der allgemeinen Umsteuerung auf ambulante Angebote wurden spürbare Erfolge erzielt. Die Steuerungsmaßnahmen allein können jedoch nur einen Teil des Anstiegs der Aufwendungen auffangen.

- Produkt 31.10.05 – Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Bei der Grundsicherung im Alter wirken sich die zum 01.09.2011 beschlossene Erhöhung der Mietobergrenze, die allgemein steigenden Mietkosten und der neue Mietspiegel 2012 sowie die Erhöhungen des Regelsatzes kostensteigernd aus. Die Mietobergrenzen wurden je Wohnung um durchschnittlich 20 EUR pro Monat erhöht.

Auch der Anstieg der Fallzahlen setzt sich insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung weiter fort. Die Fallzahlen in der Grundsicherung nach SGB XII sind im Zeitraum vom 01.01.2012 bis 01.10.2012 stichtagsbezogen im ambulanten Bereich um ca. 7 % gestiegen.

b) Produktgruppe 31.20 – Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften pendelt sich bei 5.800 Bedarfsgemeinschaften ein und liegt unter den Planzahlen für den Haushalt 2012.

Auch in dieser Produktgruppe wirkt sich der Anstieg der Mietkosten und die Erhöhung der Regelsätze kostensteigernd aus, jedoch kann derzeit insgesamt mit Minderaufwendungen in Höhe von ca. 1,1 Mio. EUR gerechnet werden.

Die weitere Entwicklung für diesen Bereich kann derzeit nicht prognostiziert werden. Erste Frühindikatoren, wie die Arbeitsmarktintegration und die Auftragsentwicklung bei den Unternehmen, deuten eher darauf hin, dass im Jahr 2013 wieder mit einer steigenden Zahl von Bedarfsgemeinschaften zu rechnen ist.

c) Produktgruppe 31.30 Hilfen für Flüchtlinge

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 18.07.2012 höhere Grundleistungen und Regelsätze für die Asylbewerber im Bezug von Leistungen nach §§ 3 und 6 AsylbLG beschlossen.

Nach derzeitigem Stand ist für das Haushaltsjahr 2012 mit zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von 400.000 EUR zu rechnen. Unklar ist die Frage der Nachzahlungen für das Jahr 2011. Diese könnten jedoch zu weiteren Aufwendungen von bis zu 400.000 EUR führen.

Das Land hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die nicht kosten-deckenden Pauschalen für die Unterbringung von Asylsuchenden zu erhöhen. In welcher Höhe sich das Land an diesen Kosten tatsächlich beteiligen wird, ist noch nicht bekannt.

d) Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe waren die Ansätze des Haushaltsplans 2011 Basis für die Haushaltsansätze 2012. Nach der Haushaltsrechnung 2011 liegt das Rechnungsergebnis um 1,28 Mio. EUR über dem Planansatz. Ausgehend von diesem Niveau wird sich die finanzielle Entwicklung 2012 fortsetzen.

Der Kostensatz Fachleistungsstunde für die ambulanten Hilfen wurde abschließend verhandelt und seit dem 01.03.2012 umgesetzt. Da die Umstellung aller Fälle von der Bruttofachleistungsstunde auf die Nettofachleistungsstunde mit dem Hilfeplanverfahren gekoppelt ist, wird sich die gesamte Umstellung noch bis zum Jahresende hinziehen. Mit den Trägern wurde vereinbart, im November die erste Zwischenabrechnung durchzuführen, so dass danach die finanziellen Auswirkungen differenzierter dargestellt werden können.

In der Tagespflege wurde zum 01.05.2012 die laufende Geldleistung an die Tagespflegepersonen aufgrund einer landesweiten Empfehlung angepasst. Gleichzeitig erfolgte eine Änderung der Kostenbeitragstabelle, die für die Eltern von unter 3-Jährigen in der Regel eine Entlastung bedeutet, für die Eltern von über 3-Jährigen jedoch zu einer Mehrbelastung führt. Die Umsetzung erfolgte in den Monaten August und September. Es ist davon auszugehen, dass 2012 Mehraufwendungen in Höhe von ca. 190.000 EUR entstehen werden. Die finanziellen Auswirkungen der Änderung der Kostenbeitragstabelle kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Im Bereich von Hilfen für Familien mit Säuglingen ist ein Fallanstieg zu verzeichnen. Hier sind häufig mehrstündige Einsätze pro Woche und Familie notwendig. Zudem wurde mit den Leistungserbringern der Stundensatz aufgrund der Tarifsteigerungen verhandelt. Dies führt zu Mehraufwendungen von ca. 200.000 EUR. Im Haushalt 2012 sind insbesondere die Erhöhung der Tarifsteigerung und die Auswirkungen auf die vereinbarten Stundensätze in diesem Umfang nicht eingeplant.

In der Eingliederungshilfe kommt es weiterhin zu einem Anstieg bei den Fällen, vor allem im Bereich der Schulbegleitung. Die durchschnittlichen Kosten pro Fall belaufen sich auf 1.500 EUR pro Monat. Im laufenden

Schuljahr sind die Fallzahlen gegenüber dem letzten Schuljahr schon angestiegen. Durch die Möglichkeit der Eltern der Wahl der Schule wird diese auch weiter so sein. Für das Kalenderjahr 2012 ist mit einem Anstieg von 10 bis 15 Fällen auszugehen. Dies bedeutet einen Anstieg der Aufwendungen für Schulbegleitung mit 180.000 EUR bis 270.000 EUR.

2.2 Finanzhaushalt

2.2.1 Produktgruppe 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Die beim Neubau des Asylbewerberwohnheims in Münsingen anfallenden Mehrkosten können durch Wenigerauszahlungen an anderer Stelle im Bereich des Grundstücks- und Gebäudemanagement aufgefangen werden.

2.2.2 Produktgruppe 21.30 Neubau Kaufmännische Schule Bad Urach

Für die Baumaßnahme wurden in den Haushalt 2012 zur Restfinanzierung noch 2,88 Mio. EUR eingeplant. Aus dem Jahr 2011 stehen noch Haushaltsmittel in Höhe von ca. 2,9 Mio. EUR zur Verfügung. Im laufenden Jahr sind bisher ca. 3,4 Mio. EUR abgeflossen. Von dem eingeplanten Landeszuschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR wurde im Jahr 2012 ein weiterer Teilbeitrag in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR ausbezahlt.

2.2.3 Produktgruppe 41.10 Klinikum am Steinenberg Reutlingen, Bettenhäuser Süd A und B

Für den Neubau der Bettenhäuser Süd A und B beim Klinikum am Steinenberg Reutlingen wurden in den Haushalt 2012 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt ca. 8,5 Mio. EUR eingeplant. Hiervon wurden bisher ca. 6,7 Mio. EUR ausbezahlt.

2.2.4 Produktgruppe 54.20 K 6709 Ausbau Bleichstetten-Upfingen

Für den Ausbau der Kreisstraße K 6709 zwischen den St. Johanner Ortsteilen Bleichstetten und Upfingen wurden im Haushalt 2012 1,33 Mio. EUR veranschlagt. Bisher wurden hiervon 0,4 Mio. EUR ausbezahlt.

3. Liquidität

Die Liquidität war in den ersten neun Monaten sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung bereits langfristige Kredite in Höhe von insgesamt 10,65 Mio. EUR aufgenommen. Die Kreditaufnahmen gehen teilweise noch zu Lasten der nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung aus dem Jahr 2011. Für weitere Kredite in Höhe von 5,6 Mio. EUR liegen bereits Darlehenszusagen mit günstigen Zinskonditionen vor. Die Inanspruchnahme der restlichen Kreditermächtigung in Höhe von ca. 4,5 Mio. EUR ist abhängig vom Abfluss der Finanzmittel für die Investitionen. Die Entwicklung der Liquidität des Landkreises in den Jahren 2010 bis 2012 ist aus Anlage 4 ersichtlich.

4. Vorausschau

Bei der Aufstellung des Haushalts 2012 wurde insbesondere auch aus Rücksicht auf die Finanzlage der Städte und Gemeinden von optimistischen Annahmen ausgegangen. Bei den Beratungen zum Haushalt wurde darauf hingewiesen, dass vor allem bei den Aufwendungen für die Sozial- und Jugendhilfe, der Grunderwerbsteuer und den Bußgeldern

Haushaltsrisiken bestehen. Der bisherige Haushaltsvollzug zeigt, dass diese Risiken eintreten.

- a) Nach dem derzeitigen Stand (Ende September 2012) muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von ca. 3,4 Mio. EUR gerechnet werden.
- b) Unabhängig hiervon ist das vorliegende Ergebnis Anlass für die Verwaltung, alle Einsparmöglichkeiten zu nutzen und den eingeschlagenen Kurs der Sparsamkeit konsequent fortzusetzen. Der mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2011 begonnene Prozess der Haushaltskonsolidierung wird konsequent fortgesetzt, um alle Möglichkeiten zu nutzen die Aufwendungen zu reduzieren und Erträge zu erhöhen.